

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/2563

Der
Ministerpräsident
des Landes
Schleswig-Holstein



Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Herrn

Bernd Voss, MdL

Vorsitzender des Europaausschusses

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel


Staatssekretär für Europa
und Bundesangelegenheiten

5. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

beigefügt erhalten Sie zu Ihrer Information den „Überblick über die Schwerpunkte der polnischen Ratspräsidentschaft“. Als ergänzende Information teile ich Ihnen mit, dass der Landtag über die Ratspräsidentschaften und anderes regelmäßig durch den Europabeicht informiert wird (vgl. § 9 VII PIG iVm § 9 VI PIG).

Mit freundlichen Grüßen

HM

Heinz Maurus

Anlagen

Überblick über die Schwerpunkte der polnischen Ratspräsidentschaft

Zusammen mit Dänemark und Zypern als nachfolgende Ratsvorsitzende hat Polen im Rahmen der mittlerweile üblichen Triopartnerschaft das „**Achtzehnmonatsprogramm** des Rates (1. Juli 2011 – 31. Dezember 2012)“ verabschiedet. Bei diesem Programm, das in einen strategischen und einen operativen Teil gegliedert ist, handelt es sich um eine relativ allgemein gehaltene Übersicht über die in dem angegebenen Zeitraum in den einzelnen Politikbereichen anstehenden Vorhaben. Die im strategischen Teil gemachten Ausführungen gehen über die auch in der aktuellen Diskussion befindlichen Themen nicht hinaus, die u. a. von der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Gestaltung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU über die Umsetzung der EU 2020-Strategie, den mehrjährigen Finanzrahmen sowie die Bewältigung der demographischen Herausforderung bis hin zur Notwendigkeit nachhaltigen Wachstums, der Umsetzung des Europäischen Pakts zu Einwanderung und Asyl, der Weiterentwicklung der Nachbarschaftspolitik und der Wahrung der Rolle Europas in der Welt durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik reichen.

Welche Ereignisse die Zeit der polnischen Ratspräsidentschaft tatsächlich prägen werden, ist derzeit nur bedingt absehbar. Unabhängig davon sind, vor dem Hintergrund, dass die Aufgabe einer **Ratspräsidentschaft** weitgehend in der Fortführung laufender Dossiers liegt, als **Schwerpunkte** zu nennen:

- Die Fortsetzung der Maßnahmen in Zusammenhang mit der **Finanz- und Wirtschaftskrise**. Hierzu zählen einerseits insbesondere die Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Reform des Stabilitätspaktes, die Entwicklung der Collective Action Clauses im Hinblick auf die in den Mitgliedstaaten anstehende Ratifizierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus oder die Durchführung des Bankenstresstests. Andererseits steht die operative Umsetzung der Europa 2020-Strategie im Rahmen des Europäischen Semesters mit den Vorschlägen zur Stärkung des Binnenmarktes zur Beratung an, wobei sowohl die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen als auch die Themen Dienstleistungen und Vertragsrecht im Vordergrund stehen dürften.

- Auch bedingt durch die Entwicklungen im Mittelmeerraum haben die in den Bereich **Justiz- und Inneres** fallenden Themen zusätzliche Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang stehen im Bereich Migration und Asyl insbesondere die Weiterentwicklung des Gesamtansatzes Migration, die Fortführung der Arbeiten am Gemeinsamen Asylsystem, der Abschluss der Änderung der Frontex-Verordnung, aber auch die Entwicklung von Migrationspartnerschaften sowohl in den östlichen Raum als auch im Bereich des Mittelmeers sowie die Konkretisierung der Schutzmechanismen im Rahmen der Wiedereinführung der begrenzten Kontrolle der Binnengrenzen zur Behandlung an. Weitere wesentliche Themen des Bereiches werden u. a. der Beitritt von Bulgarien und Rumänien zum Schengenraum, die Themen Vorratsdatenspeicherung und PNR sowie die weitere Umsetzung des Stockholmer Programms sein.
- Am 30. Juni wird die EU-Kommission erste Mitteilungen **zum Mehrjährigen Finanzrahmen** nach 2013 veröffentlichen, zu denen im Rahmen der polnischen Präsidentschaft erste inhaltliche Beratungen, auch vor dem Hintergrund der bereits erfolgten Positionierungen des Europäischen Parlaments, stattfinden werden. Zentrale Diskussionspunkte werden dabei neben der Frage des Umfangs des Haushalts und der, einer EU-Steuer, auch die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Mittel auf die einzelnen Aufgabenbereiche innerhalb des EU-Haushalts sein, insbesondere hinsichtlich der Orientierung an der EU-2020-Strategie und an den neuen Herausforderungen.
- Die beginnenden Ratsarbeiten zur künftigen **EU-Kohäsionspolitik und Gemeinsamen Agrarpolitik** stehen mit den Diskussionen um den Mehrjährigen Finanzrahmen im engen Zusammenhang. Während es bei der Kohäsionspolitik vorerst vorrangig um Grundsatzfragen wie die thematische Konzentration, die Konditionalität, die Komplementarität und Fragen der Governance gehen dürfte, zeichnet sich bei der Gemeinsamen Agrarpolitik neben einer Grundsatzdiskussion über die Ausrichtung der Agrarpolitik insbesondere eine Auseinandersetzung über die Neuverteilung der Direktzahlungen ab.
- Der Europäische Rat hat auf seiner Sitzung im Februar 2011 umfangreiche Schlussfolgerungen zu **Energiefragen** im Sinne eines Aktionsplanes verabschiedet. Zu den darin angesprochenen Aspekten, die u. a. vom Energiebinnenmarkt über die Energieinfrastruktur, die Energieeffizienz bis zu den Kom-

plexen erneuerbare Energien und Energieaußenbeziehungen reichen, hat die Kommission bereits eine Reihe von Vorlagen zur weiteren Beratung erarbeitet. Einen besonderen Schwerpunkt der polnischen Ratspräsidentschaft dürften die Themen Energieversorgungssicherheit und Finanzierungsquellen für Energieinfrastruktur ausmachen. Weitere herausragende Themen dürften die Umsetzung der Stresstests für Kernkraftwerken und die Regulierung der Kernenergiesicherheit sein.

Hinsichtlich des Klimawandels bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten, nachdem Polen als einziger Mitgliedstaat die Schlussfolgerungen zum Fahrplan für eine emissionsarme Wirtschaft bis 2050 auf dem letzten Umweltrat blockiert hat.

- Zu den Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft gehört auch der Ansatz **“Europa profitiert von seiner Öffnung“**. Hierunter zählen neben dem Einsatz für die Fortsetzung der Erweiterungsverhandlungen und eine weitere Erweiterung die Unterstützung der europäischen Perspektive des Westbalkans sowie die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und die weiteren Arbeiten an den Übereinkommen mit Russland. Das für den 29. und 30. September vorgesehene Gipfeltreffen zur „Östlichen Partnerschaft“, bei dem es sich nach polnischen Vorstellungen um einen ambitionierten und visionären Gipfel handeln soll, mit Fortschritten bei Assoziierungsabkommen, Freihandelsabkommen und den Verhandlungen über Visaliberalisierung, wird dabei als eines der herausragenden Ereignissen der Präsidentschaft angesehen. Gleichzeitig wird natürlich auch der Mittelmeerregion weiterhin Aufmerksamkeit zukommen.